

7 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.47 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Jetzt bitte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und auch der Stadtregierung, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Wie immer, schon in der Vergangenheit, hat es eine gute Tradition, dass dankenswerterweise die Klubobleute sich die Tagesordnung sehr genau angeschaut haben und gemeinsam mit der Magistratsdirektion hier auch immer einige Stücke schon en bloc abgestimmt werden können. Ich werde Ihnen jetzt die Tagesordnungspunkte, die jetzt schon en bloc abgestimmt worden sind oder abgestimmt werden können und somit dann auch schon einstimmig beschlossen sind, vorlesen. Und zwar sind das der Tagesordnungspunkt 5 in der öffentlichen Tagesordnung – Nachtrag, Tagesordnungspunkt 6, 7 und 8, alle vier Tagesordnungspunkte sind einstimmig angenommen worden ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Tagesordnungspunkt 7 ist nicht einstimmig, dieser wird berichtet.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

... ich habe die Rückmeldung aber so bekommen.

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dann muss mir das wer sagen.

Zwischenruf StR Eber: 7 wird berichtet.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

7 wird berichtet? Mir ist gerade von der Magistratsdirektion mitgeteilt worden, dass es nicht berichtet wird. Gibt es jetzt den Wunsch der Berichterstattung, ja oder nein?

Nicht, passt. Das heißt, ich wiederhole noch einmal, damit es zu keiner Irritation kommt, öffentliche Tagesordnung – Nachtrag sind folgenden Tagesordnungspunkte einstimmig beschlossen: Tagesordnungspunkt 5, 6, 7 und 8.

en bloc:

7.1 Stk. 5) A8 – 2795/2021-150

**Personalamt,
Budgetverschiebung im Nicht-LCF-Bereich
2021 in Höhe von 310.000 Euro**

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2021 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2021	EVA 2021
900	080000	1.760000		Pensionen/sonst. Ruhebezüge	D.900004	+310.000	+310.000
900	080000	1.760100		Pensionen u sonst. Ruhebezüge (inkl. DGB) Holding		-310.000	-310.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.2 Stk. 6) A8 – 19179/2011-13

**Abwasserentsorgungsanlage BA 300,
Annahme des Förderungsvertrages des
Amtes der Steiermärkischen
Landesregierung für eine Förderung in der
Höhe von 42.720 Euro**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den folgenden Förderungsvertrag

Bau- abschnitt	GZ Land Abt 14	Gesamtkosten	Summe beantrage Landesförderung	bisher überwiesen	Summe im Fördervertrag
BA300	800100/2019- 12	€ 1.300.000,-	€ 130.000,-	€ 23.900,-	€ 42.720,-

des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, vertreten durch die
Fachabteilung 14 „Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit“, vorbehaltlos an.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.3 Stk. 7) A8 – 57524/2013-69
A8 – 2795/2021-151**

**Verlängerung der Projektgenehmigung
„Sportjahr 2021“ bis 28.2.2022**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Sportjahr 2021“ wird bis 28.02.2022 verlängert. Die
Restmittel der Projektgenehmigung „Sportjahr 2021“ werden ehestmöglich aus dem
Jahr 2021 in das Jahr 2022 verschoben werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.4 Stk. 8) A8 – 021777/2006/0463 Verkehrsverbund Steiermark;
Änderung des Grund- und
Finanzierungsvertrages (GuF) betreffend
Fortschreibung der Beiträge der
finanzierenden Gebietskörperschaften**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statuts der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl 130/1967 in der geltenden Fassung LGBl 114/2020 beschließen:
Genehmigung zum Abschluss der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil bildenden „Vereinbarung zur Änderung des Grund- und Finanzierungsvertrages (GuF) für den Verkehrsverbund Steiermark“ betreffend die Fortschreibung der Beiträge für die aus dem GuF resultierenden Zahlungsverpflichtungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die nachfolgende Berichterstattung wurden mittels PowerPoint-Präsentation ergänzt.

Berichterstatter: StR Eber

7.5 Stk. 1) A8 – 92149/2021-3

Budgetprovisorium für die Monate Jänner bis Juni 2022

StR Eber:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf also das Stück berichten. Es geht dabei um das Budgetprovisorium für die Monate Jänner bis Juni 2022. Zunächst einmal die Frage: Warum überhaupt ein Provisorium? Warum machen wir nicht gleich ein ordentliches Budget? Das kann man relativ einfach beantworten. Der Wahltermin war am 26. September dieses Jahr, die konstituierende Sitzung am 17. November. Und heute, am 16. Dezember, ein ordentliches Budget zu beschließen, wäre tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, denn dazu braucht es natürlich immer einen Vorlauf, eine politische Willensbildung, Verhandlungen, Gespräche auch mit den Ämtern und Abteilungen, vor allem auch mit den Beteiligungen, und schließlich muss ein Budget natürlich 14 Tage in die öffentliche Auflage gehen. Das Ganze in kürzester Zeit zu bewerkstelligen, wäre tatsächlich unmöglich gewesen. Daher ist ein Budgetprovisorium ja auch nichts ganz Neues. Wir haben das in regelmäßigen Abständen immer wieder, nämlich immer dann, wenn Gemeinderatswahlen in Graz stattfinden, also zuletzt 2017 hat es ein Budgetprovisorium gegeben, wo der damals „alte“ Gemeinderat gesagt hat, die Verantwortung für das Gesamtbudget soll die noch gewählte Regierung und der neu gewählte Gemeinderat übernehmen, wie auch immer er sich dann zusammensetzen wird. Und auch 2012 und 2013 haben wir diesen Fall gehabt und auch in den Perioden davor, also von daher ist das nichts Unübliches. Ich habe es schon kurz erwähnt, von daher noch eine Vorbemerkung, das Budgetprovisorium ist in die öffentliche Auflage gegangen, das bedeutet, dass es einerseits physisch aufgelegt ist und die Grazerinnen

und Grazer dort Einblick nehmen konnten. Ich kann mitteilen, dass es keine einzige persönliche Einsichtnahme gab, hingegen war das Budget natürlich auch in Auflage im Internet zu finden, dort hat es 468 Seitenzugriffe gegeben und 165 Pdf-Öffnungen. Also auch hier gibt es ein gewisses Interesse, aber kein massenhaftes, wenn man das so sagen kann. Ich möchte, bevor ich schön langsam auch zu einer kleinen Präsentation komme, auch die hat schon eine Tradition in diesem Haus, dass man ein paar Folien vorbereitet, bevor ich dazu komme, möchte ich allerdings insbesondere dem Finanzdirektor Magister Stefan Tschikof sehr herzlich danken für die ganzen Vorbereitungen, für die Vorarbeit im Zusammenhang auch mit dem Budgetprovisorium in der Begleitung meiner Person sozusagen, was ja auch für mich alles neu war, und die meisten von euch wissen es auch, für den Herrn Mag. Tschikof war sehr vieles neu, weil er ja auch erst seit Mitte August hier bei uns in der Stadt Graz tätig ist. Herzlichen Dank dem Mag. Tschikof, herzlichen Dank aber auch an Michael Kicker, der schon seit vielen Jahren die Konstante in diesem Bereich ist, der Herr der Zahlen, wie er gerne genannt wird, über das Budget und die damit zusammenhängenden Kennzahlen in unserem Haus und natürlich auch vielen Dank an die gesamten Teams der beiden. (*Appl.*)

Ich möchte zunächst festhalten, wir haben in unserer Koalition aus SPÖ, Grünen und KPÖ uns ja dezidiert ausgesprochen dafür, dass wir eine klimafreundliche Koalition bilden wollen, eine soziale Koalition bilden wollen und eine demokratische, und dass wir genau in diesen drei Feldern auch in den nächsten Jahren in der Stadt Graz tätig sein wollen und diese Felder sozusagen auch schwerpunktmäßig berücksichtigen wollen. Von daher ist es notwendig, dass man auch diese Schwerpunkte finanziell dann irgendwie darstellt und absichert sozusagen. Dennoch ist es uns ein großes Anliegen, dass wir die Budget- und Finanzpolitik in unserer Stadt selbstverständlich mit Augenmaß betreiben, dass wir auf einem sicheren Weg gehen und vor allem auch, dass wir die Schulden nicht überborden lassen wollen. Die Stadt Graz, wir haben es heute im Finanzausschuss ja bereits gehört, geht den Weg eines sogenannten konsolidierten Abschlusses, also das heißt, wir stellen sämtliche Zahlen dar in Vereinigung mit unseren gesamten Beteiligungen. Das ist eigentlich einzigartig in

Österreich und das führt aber natürlich auch dazu, dass einerseits wir hier durchaus ein bisschen stolz darauf sein können, weil wir von anderen Gemeinden und von anderen Städten darum auch etwas beneidet werden. Zum anderen heißt es natürlich, dass man, wenn man die Schulden darstellt, wir eine relativ große Zahl herausbekommen, wenn man sich das konsolidiert anschaut. Wir haben es heute im Finanzausschuss, wie gesagt, gehört, der aktuelle Schuldenstand liegt bei rund 1,6 Mrd. Euro. Damit liegen wir aber immerhin deutlich unter dem zu erwartenden Schuldenstand, der beinahe 1,8 Mrd. Euro ausgemacht hätte, mit Jahresende wohl gemerkt. Das heißt, wir haben in den nächsten Jahren, 2023 voraussichtlich ja auch schon, damit zu rechnen, dass der Stabilitätspakt wieder in Kraft tritt, im Moment ist er ja außer Kraft gesetzt, Corona-bedingt sozusagen. In welcher Art und Weise dieser wieder eingesetzt und wieder eingeführt wird, kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend sagen und beurteilen, aber dass er kommen wird, das ist natürlich unumstößlich. Wir hoffen natürlich, dass wir hier gewisse Spielräume in unserem Budget dann auch noch haben werden, aber davon werden wir in den nächsten Monaten sicherlich öfter zu hören bekommen. Ich muss noch eine kleine Vorbemerkung machen: Wir haben im Finanzausschuss noch eine kleine Änderung vorgenommen; für den Beschluss des Budgetprovisoriums in der operativen Gebarung wird es so sein, dass Subventionen, und hier ist neu eingefügt, über 1.500 Euro im Zeitraum des Voranschlagsprovisoriums grundsätzlich nicht zur Zusage oder Auszahlung zugelassen sind, sondern dann immer über den Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Hier sind eben diese 1.500 Euro eingefügt worden, damit man nicht mit jeder kleinsten Subvention in den Stadtsenat gehen muss. Ich komme nun zu den tatsächlichen Inhalten sozusagen des Provisoriums. Grundsätzlich gilt für das Budgetprovisorium, dass ausgehend vom Voranschlag 2021 50 % angesetzt werden für das Jahr 2022, für das erste halbe Jahr, deswegen also nur die 50 %, ausgenommen sind. Natürlich einige Bereiche, wie z.B. im Sozialbereich, wo es natürlich gesetzliche Verpflichtungen gibt, auch im Gesundheitsamt, was das Ressort von Stadtrat Krotzer anbelangt, dort hat man das gesamte Jahres-Budget gleich angesetzt. Zusätzlich wurden berücksichtigt insbesondere die Corona-Budgets für Gesundheitsamt und Magistratsdirektion in

Höhe von insgesamt 4,9 Mio. Euro, dann gibt es, ich glaube, zwei Sonderveranstaltungen im Bereich des Sports mit 0,5 Mio. Euro, Kleinmaßnahmen und Umzugskosten der politischen Büros, die jetzt halt getätigt werden müssen. Ich habe es selbst in der Hand, hier weiterzublättern. Berücksichtigt im Provisorium im Bereich der Investitionen sind Projektgenehmigungen mit 100 % der voraussichtlichen Auszahlungen, die 2022 fällig werden und die quasi Fixinvestitionen, das sind vor allem diese unterjährigen Ausgaben mit 50 % von 2021. Hier ist es allerdings so, dass wir hier auch wieder ein paar Ausnahmen gemacht haben, nämlich vor allem in der Abwasserbeseitigung, also Kanalsanierung im Wesentlichen, die Straßensanierung, in der Straßenbeleuchtung und in der Sanierung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir kommen zu den Beteiligungen. Auch hier ist es so, dass unsere Beteiligungen das Provisorium im Wesentlichen übernehmen, dort ist es auch so, dass maximal 50 % der am 5.11.2020 beschlossenen Mittelfristplanungskennzahlen für das EBITDA 2022 zur Anwendung kommen, oder falls es aufgrund des Geschäftsbetriebs unbedingt erforderlich ist, Anpassungen des Halbjahres-EBITDA über 50 % nur unter der Prämisse der sparsamsten Ausgabengestionierung zur Anwendung kommen, analog dazu verhält es sich auch bei den Investitionen, und auch hier gilt natürlich selbstverständlich das Prinzip der Sparsamkeit. Berücksichtigt im Provisorium sind bereits die Mittel für GRIPS 2, GRIPS 2 sind also die Schulausbauprogramme. Die Zahlungen, die für das nächste Jahr noch erwartet werden für den Ausbau der Straßenbahn Reininghaus und Smart City, für Park and Ride Murpark, dort haben wir ja vor kurzem erst gemeinsam eine Erweiterung beschlossen, ebenso Volksschule Reininghaus, Grundstücksvorsorge, der Ausbau der Liebenauer Hauptstraße, Puntigamer Straße, auch da gibt es also Gemeinderatsbeschlüsse, die gefasst worden sind in den letzten Monaten, aber die jetzt natürlich auch dann zur Umsetzung gelangen müssen.

Smart City ist da dabei, Reininghaus, Baulos 02, das sind im Wesentlichen Straßeninfrastruktur-Maßnahmen, die Radoffensive, die gemeinsam mit dem Land Steiermark in Umsetzung ist, Reininghaus-Park und die Planung für die Mittelschule Smart City. Weiters sind bei den Beteiligungen berücksichtigt selbstverständlich der

Ausbau der Fernwärme mit einem großen Betrag von 11,6 Mio. Euro und der Ankauf von 15 Stück Straßenbahnen im Ausmaß von 11,2 Mio. Euro, hier ist ja der Beschaffungsprozess gerade auch im Gange. Grundstücksankauf Lagergasse haben wir, glaube ich, in der letzten ordentlichen Gemeinderatssitzung beschlossen, dieses Grundstück braucht eben die Holding für neue Busse mit Alternativantrieb, mit Wasserstoffantrieb beispielsweise, um auch die entsprechenden Abstellflächen dann zu besitzen. Das Busankaufsprogramm ist da auch berücksichtigt im Budgetprovisorium und das bedeutet, dass man natürlich auch die Busflotte sukzessive umbauen und erneuern möchte, um auch hier CO₂-ärmer unterwegs zu sein, und schließlich Masterplan Sturzgasse, Ausbau des Ressourcenparks um 4,7 Mio. Euro. Das haben wir in diesem Budgetprovisorium umgesetzt sozusagen, das wurde auch öffentlich bereits kommuniziert und mitunter diskutiert. Das ist einerseits die Senkung der Klubförderung um 10 %, die Aussetzung der Erhöhung bei Müll- und Kanalgebühren. Angekündigt ist auch bereits die Nicht-Erhöhung der Mieten in Gemeinde-Wohnungen. Und, ganz wichtig, das kommt aber dann auch im nächsten Tagesordnungspunkt, alle Parteien, und zwar wirklich alle Parteien, sind in den Aufsichtsräten von Holding, Messe und GBG vertreten. Da könnte man natürlich auch fragen: Warum nur in diesen und nicht anderen? Das ist ganz einfach, weil wir in vielen Beteiligungen nur zwei, drei oder vier Personen zu entsenden haben und beim besten Willen können wir gar nicht alle Parteien berücksichtigen, aber grundsätzlich gilt natürlich, dass gerade in den großen und wichtigen Beteiligungen alle Parteien vertreten sein sollten und auch sind, damit hier eine gewisse Information und auch Kontrolle durch die Parteien gewährleistet ist. Wie ist der weitere Verlauf des Budgets oder des Budgetprovisoriums? Bis Feber 2022 wird der Rechnungsabschluss des Magistrates vorliegen, im März dann auch der Rechnungsabschluss für die Beteiligungen, mit dem wir dann im April in den Gemeinderat gehen werden. Wir haben es jetzt genannt Vermögens- und Leistungs-Check. Das heißt, gemeinsam mit dem Stadtrechnungshof werden diese Rechnungsabschlüsse natürlich genau kontrolliert und überprüft, parallel dazu wird es natürlich bereits die Budget-Verhandlungen geben, da gibt es ja bereits jetzt natürlich zahlreiche Wünsche

aus den Ämtern und Abteilungen, aber vor allem auch aus den Beteiligungen, die wir haben, und schließlich im Juni 2022 soll also das Doppelbudget für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen werden. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Budgetprovisorium. Dankeschön(Applaus).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Zeit vom 1.1. bis 31.6.2022 wird ein sechsmonatiges Budgetprovisorium als Übergangsbudget 2022 nach den Maßgaben, die im Motivenbericht ausgeführt wurden, mit sämtlichen Beilagen bewilligt; dem zufolge sind die auf diesen Zeitraum entfallenden Ein- und Auszahlungen bzw. Erträge und Aufwendungen nach Maßgabe der Punkte 1. und 2. auf Rechnung der für das Kalenderjahr 2022 festgesetzten Budgetwerte zu tätigen.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten gemäß Motivenbericht wird genehmigt.

Alle sonstigen Bestimmungen aus den Beschlüssen zum Voranschlag 2021 sind für das Budgetprovisorium 2022 weiterhin sinngemäß anzuwenden.

Die Aufwandsgenehmigungen gemäß Motivenbericht gelten als erteilt.

Berichterstatter: KO GR Ehmann

7.6 Stk. 1a) GGZ – 070224-2004-0097 Wirtschaftsplan 2022

KO GR Ehmann:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream. Wir haben hier auch den Wirtschaftsplan der Geriatrischen Gesundheitszentren zu behandeln, es ist im Organisationsstatut so vorgesehen, dass der Wirtschaftsplan als Bestandteil des Voranschlages der Stadt Graz, in welchen man mit seinem Finanzmittel aufscheint, vom Gemeinderat zu beschließen ist. Im Verwaltungsausschuss hat es im Vorfeld hier eine Bearbeitung dessen gegeben und eine Diskussion darüber. Die Grundlagen für die Erstellung des Wirtschaftsplanes sind die Zahlen der doppelten Buchhaltung des Vorjahresabschlusses, aber auch natürlich die Daten des ersten Halbjahres sowie geltende Verträge und aktuelle Projekte. Der Wirtschaftsplan umfasst im Wesentlichen die Plan-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Kapitalflussrechnung, also sprich den Finanzplan. Dem Wirtschaftsplan sind auch zahlreiche Teilpläne vorgeschaltet, wie beispielsweise der Investitionsplan. Das ist alles passiert, der Wirtschaftsplan liegt auch vor, er stellt auch die Grundlage für die Berechnungen der kostendeckenden Pflegegebühren, nämlich der Tagsätze, die im nächsten Behandlungspunkt dann vorkommen, im nächsten Tagesordnungspunkt, in weiterer Folge im Dezember dem Land Steiermark zur Genehmigung zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Für das Jahr 2022 wird ein Zuschussbedarf notwendig sein und fixiert von 500.000 Euro, das wird auch in weiterer Folge dann wieder gegengerechnet, muss man auch dazusagen, in der laufenden Periode, aber es ist notwendig geworden. Die Pandemie schlägt auch in den GGZ natürlich komplett durch, also es geht hier um deutlich höhere Kosten, also wir sprechen hier auch vom Hygienebereich im ArbeitnehmerInnenschutzbereich für die MitarbeiterInnen, die hier natürlich ausgestattet werden entsprechend für die Patientensicherheit. Und auch die Baukosten, Sanierungskosten usw. sind natürlich um einiges teurer geworden, wie es

in der Vergangenheit war und hier bleiben die Projekte auch nicht stehen und sind hier abzuschließen. Also daher ein Finanzierungszuschlussbedarf in der Höhe von 500.000 Euro. Ich möchte aber an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, unseren Kolleginnen und Kollegen in den GGZ, insgesamt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch der Führung dort zu danken, weil sie leisten Großartiges in dieser Zeit unter schwersten Bedingungen in dieser Pandemiesituation. Und ich denke, wir haben hier ein gutes Team vor Ort, um hier auch entsprechend diese Folgen der Pandemie hier gut überstehen zu können. Und ein großes Dankeschön an die MitarbeiterInnen und stellvertretend an die Leitung, an Prof. Hartinger, die hier wirklich hervorragende und beispiellose Arbeit leisten und die GGZ insgesamt ja wirklich gut dastehen, nämlich auch was die Kompetenzen weltweit betrifft, nämlich in vielen Bereichen, ich denke nur an Wachkomastation und Ähnliches, also auch hier ein großartiger Betrieb, den hier die Stadt Graz hat, und an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön. Ich ersuche, diesem Zuschussbedarf bzw. dem Wirtschaftsplan der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz für das Jahr 2022 zuzustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

den Wirtschaftsplan der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz für das Jahr 2022 mit einem Zuschussbedarf in Höhe von € 500.000.

Berichterstatter: KO GR Dreisiebner

7.7 Stk. 1b) GGZ – 070224-2004-0098 Pflegegebühren/Tagsätze 2022

KO GR Dreisiebner:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Regierungsmitglieder, werter Herr Finanzstadtrat, werte Frau Bürgermeisterin, liebe Damen und Herren im Livestream. Auch ein Teil dieser Sitzung des Verwaltungsausschusses für die Geriatrischen Gesundheitszentren am 30.11., und dort im Verwaltungsausschuss einstimmig angenommen war die Vorlage für die Pflegegebührentagsätze 2022. Dieser Beschluss, das ist zur Erklärung notwendig, der Tarife hat im Gemeinderat zu erfolgen und hat auf Basis der kostendeckenden Pflegegebühren oder Tagsätze nach dem Steiermärkischen Krankenanstaltengesetz zu erfolgen, welche dem Land eben zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wir müssen, nachdem wir jetzt diesen Wirtschaftsplan schon beschlossen haben, jetzt einen Beschluss fassen, ohne zu wissen, wie diese Pflegegebühren und Tagsätze am Ende durch das Land Steiermark in der Höhe wirklich aussehen werden. Und deswegen haben wir, wie auch in den vergangenen Jahren, eine Vorlage, die praktisch eine Toleranzgrenze nach unten und oben für diese Pflegegebührensätze und Taggeldsätze beinhaltet. Damit kann der Betrieb dann sehr flexibel reagieren. Sollte das außerhalb dieser Toleranzgrenze sein, was das Land Steiermark dann als Landesgesetzgeber vorgibt, dann müssen wir uns im Ausschuss und hier im Gemeinderat noch einmal damit befassen und es anpassen. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu den dargestellten Pflegegebühren 2022. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle die im Anhang dargestellten Pflegegebühren 2022 beschließen.

StR Dr. **Riegler**:

Frau Bürgermeisterin, Frau Vizebürgermeisterin, Herr Kollege Finanzstadtrat Eber. Ich darf einleitend gleich vorwegschicken, dass unsere Fraktion auf meinen Vorschlag hin zwar diesen Unterpunkten GGZ Wirtschaftsplan und GGZ Pflegegebühren/Tagsätze 2022, wie berichtet wurde, zustimmen wollen, allerdings nicht dem Budgetprovisorium als Gesamtes und das möchte ich gerne ein wenig näher explizieren. Historisch ist es ja so, dass das meistens so war, also wir haben uns angeschaut in den letzten Jahrzehnten, wie das Abstimmungsverhalten der KPÖ war, wenn es um Budgetprovisorien ging und da gab es ausschließlich negative Zustimmung, also keine Zustimmung. Im Übrigen ist es ja bemerkenswert, weil Sie jetzt ein Budget zur Grundlage machen, das ich im Jahr 2020 eingereicht habe, und das wurde ja auch nicht geändert. Das heißt, in diesem Budget, das sozusagen heute zur Hälfte als Provisorium beschlossen wird, stecken eigentlich die Zahlen des Jahres 2020, die ich noch verantwortet habe, allerdings fehlen einige Änderungen darin, z.B. die negativen Auswirkungen, die der angekündigte Gebührenstopp und der Mietenstopp haben sollen. Die Zahl, die heute in der Kleinen Zeitung gestanden hat und in der Kronen Zeitung, von 3,7 Mio. Euro, kann ich nicht nachvollziehen. Meiner Abschätzung nach müsste die Einbuße, die finanzielle, im Budget in dem kommenden Gemeinderatszeitraum, wenn dieser Gebührenstopp nicht kompensiert wird, sogar weit über 5 Mio. Euro betragen. Da können wir uns ja nachher noch austauschen. Also ich weiß nicht genau, wo Sie die Zahl herhaben, jedenfalls möchte ich anmerken, dass ich in dieser Frage, nämlich was den Gebührenstopp betrifft, eigentlich rechtliche Bedenken habe. Rechtliche Bedenken deshalb, weil Sie einerseits im Motivenbericht und im Gemeinderatsbericht mehrfach und ausführlicher darauf Bezug nehmen, dass es unter strengster Wirtschaftlichkeit stattzufinden hat die Gestion. Wir haben auch, wie den Beilagen zu entnehmen ist und wie Sie heute selbst in der Kleinen Zeitung gesagt haben, sogar die Befürchtung, dass es ein negatives Ergebnis geben wird. Sie werden auch feststellen können in den Beilagen zu diesem Budgetentwurf, dass die Dotierung für den Verkehrsfinanzierungsvertrag fehlt. Das heißt, wir haben einen negativen Saldo und Sie gedenken nun, und kündigen das an und möchten dafür eine

Zustimmung haben, dass wir zusätzlich in einem Jahr mit einem erwarteten negativen Saldo, den Sie auch so in den Medien kommuniziert haben, dass wir trotzdem auch noch auf Einnahmen verzichten. Also ob das auch überhaupt bei der Gemeindeaufsicht durchgeht, weiß ich nicht. Ich habe rechtliche Bedenken. Ich habe auch den Herrn Stadtrechnungshofdirektor vor wenigen Tagen noch gefragt, der Kontrollausschussvorsitzende der vergangenen Periode sitzt ja hier in der ersten Reihe. Es wäre vielleicht ganz gut gewesen, wenn man diese Rechtsfrage vorher noch einmal geklärt hätte. Auf jeden Fall kann ich meiner Fraktion nicht raten, einem Budgetentwurf, einem Provisorium zuzustimmen, das doch von rechtlichen großen Fragezeichen geprägt ist. Hinzu kommt, dass wir natürlich jetzt mit der Wahl eines sechsmonatigen Budgetprovisoriums de facto einen sechsmonatigen Stillstand haben. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen. Im Text des Gemeinderatsberichtes steht, Subventionen sind im Zeitraum des Provisoriums mit Ausnahme bestehender Förderungsvereinbarungen grundsätzlich nicht zur Zusage der Auszahlung zugelassen. Das heißt, wenn dieser Satz stimmt, wenn diese grundsätzliche Regel gelten soll, heißt das einmal zunächst, dass wir bis Juni keine Förderungen im Sport, in der Kultur, in der Wissenschaft auszahlen können. Daher habe ich sehr frühzeitig darauf gedrängt, dass man einen möglichst kurzen Provisoriumszeitraum nimmt und ich kann ehrlich gesagt nicht verstehen und nicht nachvollziehen, warum Sie sich gleich den großzügigen sechsmonatigen genehmigen lassen wollen vom Gemeinderat, was ja nichts anderes bedeutet, dass wir z.B. die Basisfinanzierung für die Creative Industries Styria, für die CIS, nicht auszahlen können, weil dafür noch keine Bedeckung vorhanden ist. Wir können klimaschutzrelevante Beschlüsse des Klimabeirates nicht vollziehen. Es gibt eine lange Liste, der Herr Ram wird das sicherlich mit Interesse hören, wir haben eine lange Liste an Projekten, die der Klimabeirat positiv befundet hat, das heißt, jetzt ist einmal sechs Monate Pause mit Klimaschutz, das müsst ihr halt auch aushalten. Darüber hinaus ist die Liste der Investitionen, die Sie, lieber Kollege Eber, aufgezählt haben, nur jene Investitionen, die wir ohnedies in diesem Saal in der letzten Gemeinderatsperiode schon beschlossen haben, es gibt aber natürlich keine Vorsorge für eine zusätzliche

Nachmittagsbetreuung im Kindergartenbereich, es gibt keine Vorsorge, die wurde ja sogar schon abgesagt von der Frau Vizebürgermeisterin, für die Dekarbonisierung der Bus- und LKW-Flotte der Holding Graz. Es wird bis Juni/Juli keine Beschlüsse geben, keine Planungsbeschlüsse, nichts was irgendwie die Innenstadt- oder die Süd-West-Linie vorantreibt. Das heißt, es kommt zu einem Stillstand. Sie werden jetzt sagen, ja, man kann natürlich trotzdem in den nächsten Monaten irgendetwas beschließen. Aber grundsätzlich ist es einmal so, dass Neuinvestitionen aufgrund des Budgetprovisoriums und der Natur eines Budgetprovisoriums nicht möglich sind. Das muss man wissen, und da wäre es halt irgendwie gescheit gewesen, wenn ihr mit uns gemeinsam zusammengearbeitet hättet und gesagt hättet: He, ihr habt ja eigentlich schon ein Budget vorbereitet, ihr habt ja schon ein Konzept. Wieso verkürzen wir das nicht, wieso schauen wir nicht, dass wir wenigstens, wenn schon ein Provisorium notwendig ist, gleich bis März ins Gehen und Arbeiten kommen? Also es gibt rechtliche Bedenken und es gibt im Übrigen auch einen Stopp, der momentan ins Haus steht. Überraschend war für mich auch jetzt die Offenlegung, das finde ich ja besonders schön, dass Sie wenigsten dafür einmal Vorsorge treffen, dass Sie für die Übersiedlungskosten Geld bekommen. Hier sind ja gleich 150.000 Euro dafür vorgesehen, dass jetzt alle Stadtratsbüros im Rundgang und alle Klubs im Rundgang im Rathaus übersiedeln möchten. Ich möchte Ihnen hier eine Empfehlung und einen Vorschlag machen, Frau Bürgermeisterin: Nehmen wir diese 150.000 Euro, die der Herr Eber jetzt hier auch in die PowerPoint und ins Budget hineingeschrieben hat, die für die Übersiedelung anfallen würden, lassen wir die Büros dort, wo sie sind, und geben wir diese 150.000 Euro in einen Sozialtopf und geben wir sie jenen Menschen, die bedürftig sind und die das brauchen, anstatt dass wir hier jetzt großmächtig monatelang das halbe Rathaus umbauen müssen, nur damit ihr unbedingt jetzt irgendwie größere Büros bekommt *(Appl.)*.

Diesen Vorschlag möchte ich wirklich machen. Ich bin sicher, ihr werdet dem nähertreten können, denn immerhin ist euch ja das Weitergeben von budgetären Mitteln an Sozialbedürftige nicht fremd. Ich komme daher zum Abschluss, ich muss bedauernd sagen, ich hätte mir gewünscht, dass wir für die Stadt Graz ein

zukunftsfähigeres Programm entwickeln werden, momentan ist zunächst einmal jetzt sechs Monate Stillstand, und dem können wir leider nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dankeschön. Lieber Herr Stadtrat, Sie brauchen sich hier keine Sorgen machen, was die Unterstützung für Menschen betrifft, denen es nicht so gut geht. Also die Bevölkerung draußen weiß sehr gut, wo hier sozusagen diejenigen sind, die das jetzt nicht nur in einem Betrag hier zur Sprache bringen, sondern das auch tatsächlich leben (*Appl.*). Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn dies nicht der Fall ist ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner: Der Kollege Pointner möchte etwas sagen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

... Ja, ok. Das ist aber etwas spät, also ich spreche ja sehr langsam. Bitte, Herr Gemeinderat Pointner.

GR Mag. Pointner:

Das ist meiner Unerfahrenheit und Höflichkeit geschuldet. Ich habe gedacht, dass die Fraktionen zum Budget also nach der Reihe etwas sagen und habe mich da wirklich diskret zurückgehalten, aber jetzt presche ich halt hierher und sage ein bisschen dazu. Also sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, sehr geehrter Herr Finanzdirektor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Medien und sehr geehrte Grazerinnen und Grazer. Ich beginne mit einem Zitat von Hugo von Hofmannsthal ...

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. **Pointner**:

... das ist ein österreichischer Dichter, der ist wirklich gut, Rosenkavalier usw., ich kann Ihnen auch etwas vorsingen, aber ich verschone Sie (*Appl.*).

Aber zuerst einmal das Zitat: „Man muss der Natur darin nachstreben, dass sie keine Zwischenglieder, keine Nebensachen, kein Provisorium kennt, sondern jedes Ding als Hauptsache behandelt.“ Heute sollen wir das Budgetprovisorium für das erste Halbjahr beschließen und der neuen Stadtregierung dadurch Zeit erkaufen. Also ich sehe das Provisorium als Hauptsache: Zeit erkaufen. Und es ist bewusst „erkauft“, dass ich dieses Wort wähle, denn diese sechs Monate werden kosten, und Kosten sind auch eine Hauptsache bei einem ohnedies immens hohen Schuldenstand. Die Begründung, ich zitiere aus dem Bericht der Stadtregierung an den Gemeinderat, die vertiefenden Budgetgespräche bzw. Verhandlungen der Koalition werden jedenfalls bis ins zweite Quartal andauern. Warum so lange? Das hat der Herr Stadtrat gerade erläutert, nämlich es soll ein Kassasturz gemacht werden, um über die finanzielle Lage der Stadt genau Bescheid zu wissen, bevor ein neues reguläres Budget vorgelegt wird. Diese Aussage bedeutet im Umkehrschluss nichts Geringeres, als dass die Verantwortlichen der Stadt nicht genau wissen, wie es um die finanzielle Lage der Stadt steht, und das obwohl sie alle seit Jahrzehnten Regierungsfunktionen ausüben. Das beunruhigt mich ein bisschen, aber das lassen wir so stehen, denn wenn etwas Gutes dabei herauskommen wird, dann geben wir fairerweise der neuen Stadtregierung die sechs Monate bis zum Juni, und so wird das Provisorium für uns auch zur sinnvollen Hauptsache ganz nach Hofmannsthal. Ebenso haben wir gerade gehört, dass Graz auf einem Schuldenberg von ca. 1.6 Mrd. Euro sitzt. Ich darf das ein bisschen grob herunterrechnen, es sind 6.700 Euro, die jede/r wahlberechtigte Grazer BürgerIn an Schulden im Namen der Stadt mit sich herumschleppt. Vor vier Jahren waren das noch 5.600 Euro, also 1.100 Euro in mehr als vier Jahren, das ist nicht schlecht, Steigerung. Die Zahlen zeigen deutlich die Dringlichkeit, ein zukunftsfittes Budget jetzt

auszuarbeiten und die sechs Monate jetzt dafür zu nutzen, einen Weg einzuschlagen, der kluge Investitionen für ein lebenswertes Graz vorsieht, ohne dabei den Schuldenberg weiter anwachsen zu lassen, und das ist möglich. Ich komme wieder aus meinem Heimatgebiet in der Kunst, weil jeder wirklich meisterhafte Künstler zeichnet sich hier wirklich dadurch aus, dass er ist sparsamsten Mitteln die kreativsten und innovativsten Werke hervorbringt. Das sind wenige Noten in der Musik, wenn Sie Beethoven hören oder Verdi, sparsam, ebenso sparsam mit Pinselstrich in der Malerei bei Picasso, den Parthenon in der Architektur sparsam, und Hofmannsthal auch in seiner einfachen Klarheit der Sprache. Alles innovative und kreative Meisterwerke. Und was ist Politik? Staatskunst. Und deshalb der Auftrag als Vorsitzender als neuer Vorsitzender des Kontrollausschusses, der Auftrag an die neugewählte Stadtregierung für das reguläre Budget, seien Sie verantwortungsvolle und innovative Künstler, Staatskünstler, für künftige Generationen, Kinder und Enkelkinder und nicht engstirnige Verwalter der Vergangenheit. Das vorgelegte Provisorium ist eine Notlösung, um sich Zeit zu erkaufen. Der Voranschlag, haben wir auch gerade gehört, wird einfach prinzipiell fortgeschrieben und so wird die Neuverschuldung auch fortgeschrieben, und auf die 1.100 kommen jetzt in sechs Monaten nochmals 133 Euro drauf. Und ich sage das einfach, wenn es einen staatskünstlerischen Mehrwert hat, dann gerne. Auch die sparsamste Verwaltung versprechen Sie ja, das ist ehrenwert, und das wird auch von uns natürlich in Zusammenarbeit mit dem Stadtrechnungshof als Kontrollausschuss geprüft werden. Es wird auch behauptet, dass das Provisorium die beste Option für Graz darstellen soll, und nachher wird alles besser, mit billigeren Wohnungen, grüneren Straßen und saubererem Verkehr. Die Stadt soll lebenswerter werden und der finanzielle Spielraum auch größer. Das ist gut so, und es wäre ein weiterer Beweis, dass Sie Ihr Provisorium als Hofmannsthalsche Hauptsache begriffen hätten und nicht als Ausrede für Sorglosigkeiten und Nachlässigkeiten der Vergangenheit, sondern als Chance für ein sparsames und ein innovatives, ein bildungszugewandtes, ein ideenförderndes und ein zukunftsfittes Doppelbudget 2022/2023. Noch einmal der eindringliche Hinweis auf das enorme Schuldenproblem, und dass es mit Business as usual nicht mehr viele Krisen zu überstehen geben wird.

Beachten Sie bitte den Ernst der Lage. 1,6 Mrd. lasten auf unseren Kindern und Enkelkindern. Nehmen Sie das als Hauptsache und Tatsache an und als Chance für Kreativität und planvolle Innovation. Wir Neos haben dem letzten Budget nicht zugestimmt, weil es der Ausdruck einer verpassten Chance war, nämlich im Hinblick auf substanzielle Verbesserungen im Bereich der Elementarpädagogik, und somit war es ein bildungsfeindliches und zukunftsfeindliches Budget zulasten der Corona-geprüften Kinder und Jugendlichen. Daher werden wir der Fortschreibung heute auch nicht zustimmen, aber wir anerkennen, dass Sie als neugewählte Stadtregierung ehrlich sagen, Sie benötigen mehr Zeit. Ich hoffe, Sie anerkennen auch unsere Sichtweise, dass die erkaufte Zeit auch eine besondere Verantwortung in Bezug auf den Schuldenberg der Stadt Graz mit sich bringt. Eine Chance zu innovativer Sparsamkeit. Wir stimmen nicht zu, wir werden aber auch nicht aktiv dagegen stimmen. Wir werden uns enthalten, und geben Ihnen dadurch die Chance ...

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. **Pointner**:

Ich weiß, was das formal und juristisch bedeutet. Wir enthalten uns.

Und jetzt ist rot, ich höre auf und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Vielen Dank, Herr Gemeinderat Pointner, ich muss nur einfach der Korrektheit halber sagen, Enthaltungen zählen nicht, also das gibt es nicht. Wenn Sie sich der Stimme enthalten, zählt das als Ablehnung. Das muss man einfach so festhalten fürs Protokoll.

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Werte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich muss Ihnen vorweg sagen, wir werden diesem Budget zustimmen, aber selbstverständlich haben wir einige Bedenken. Wobei, es ist kein Geheimnis, bei dieser Koalition haben wir sehr, sehr viele Bedenken, nicht nur hinsichtlich des Budgets. Wir werden jetzt aber diesem Budgetentwurf oder diesem Provisorium deswegen zustimmen, weil ja ein Budget einer Regierung fortgeschrieben wird, wo wir ja beteiligt waren, und es war eine gute Regierung. Das möchte ich einmal ganz klar sagen. Und es ist auch ein Zeichen der Kooperation, also ein Kooperationsangebot, dass wir in Zukunft auch dort, wo es sinnvoll ist, ja sehr wohl auch mit einer linken Stadtregierung zusammenarbeiten werden. Überall dort, wo es sinnvoll ist, können Sie auch die Freiheitliche Partei als Partner gewinnen, aber dazu müssen Sie uns auch etwas anbieten. Und in dem Fall haben Sie uns zwei Punkte vorgebracht, die haben uns dann überzeugt, warum wir jetzt mitgehen, warum wir Ihnen Zeit schenken, und in sechs Monaten da sehen wir uns sowieso wieder, dann reden wir einmal genauer, weil dann kommt Ihr ausgearbeiteter Vorschlag und dann werden wir das im Detail einmal anschauen, was Sie in sechs Monaten zusammengebracht haben. Was hat uns überzeugt? Na gut, der Gebührenstopp, das ist eine gute Sache, das ist sozial, da sind wir dabei, die Teuerungslawine, die jetzt gerade auf alle zurollt, zu stoppen, das ist vernünftig. Das sage ich ganz offen, das hat uns doch überzeugt. Was auch gut ist, die Kürzung der Parteienförderung. Immer dann, wenn ein Wahlversprechen auch eingehalten wird, dann gewinnen Sie uns auch damit. Sie haben eh schon viele Wahlversprechen gebrochen, da haben Sie eines gehalten. Auch ein Punkt, bei dem wir bei diesem Budget zustimmen. Und ich darf auch eines sagen, weil die Kollegen Pointner und auch der Kollege von der ÖVP schon angesprochen haben, es herrscht jetzt Stillstand. Bei einer derartigen linken Koalition ist aus meiner Sicht Stillstand auch etwas Gutes, weil wenn ich weiß, was da alles heute noch debattiert wird, wenn ich weiß, dass der Kollege Ammerer heute noch ausrückt und Graz zur Flüchtlingshauptstadt machen will, da fürchte ich mich schon, was in diesem Budget in sechs Monaten dann drinnen stehen wird. Deswegen bitte, liebe Koalition links der Mitte, deutlich links der Mitte,

nehmen Sie sich Zeit, überlegen Sie sechs Monate, was Sie tun werden. In sechs Monaten werden wir uns dann genauer unterhalten über dieses Budget, nur vorweg, wir tragen das mit heute und schauen uns an, was Sie in sechs Monaten zustande bringen werden, und es wäre doch schön, wenn ich in sechs Monaten auch solche positiven Worte finden würde, nur daran fehlt mir der Glaube, muss ich ehrlich sagen. Aber heute werden wir zustimmen (*Appl.*).

StR Eber:

Dankeschön, ich fange vielleicht bei der letzten Wortmeldung an. Herr Pascuttini, danke für die Zustimmung, sage ich jetzt einmal. Sie haben davon gesprochen, dass das auch ein Kooperationsangebot der FPÖ für eine linke Stadtregierung ist. Ich kann aus meiner Sicht sagen, auch hier vielen Dank für die Kooperation, und auch ich persönlich bin der Meinung, dass es dort, wo es sinnvoll ist, ganz gleich wie Sie das sehen, eine Kooperation auch über Parteigrenzen, über Opposition und Regierungsgrenzen hinweg, natürlich möglich und erwünscht ist. Da werden wir uns natürlich dann immer im Einzelfall unterhalten müssen, wo wir Gemeinsamkeiten finden. Zum Herrn Pointner, danke auch für Ihre Wortmeldung, sie war ja sehr pointiert, möchte ich sagen (*Gelächter im Saal*).

Ich kann gar nicht viel dazu sagen. Ja, selbstverständlich, wir werden versuchen, kein engstirniges, wie Sie es gesagt haben, Verwalten in dieser Stadt, auch im Finanzressort, zu betreiben, sondern natürlich versuchen, unsere Anliegen, unsere Projekte, von denen ja schon sehr viel natürlich bekannt ist durch das Regierungsübereinkommen, das wir mit SPÖ und Grünen geschlossen haben, auch tatsächlich umzusetzen und dazu braucht es natürlich Finanzmittel. Andererseits geht es natürlich, genau wie auch Sie, Herr Pointner, das gesagt haben, darum, sparsam zu wirtschaften. Und diesen Spagat werden wir versuchen, auch tatsächlich umzusetzen. Keine Zustimmung zum Budgetprovisorium kommt bedauerlicherweise von der ÖVP, Herr Stadtrat Riegler hat das angekündigt. Ich möchte dazu nur sagen, was die Subventionen anbelangt, also erstens haben wir ja jetzt noch hineingefügt Subventionen über 1.500 Euro, zweitens

war auch in der Vergangenheit, also beim letzten Budgetprovisorium, genau der gleiche Satz zu finden, also von daher ist auch das keine besondere Neuigkeit und keine Überraschung. Und es wird selbstverständlich auch nicht zu einem Stillstand in unserer Stadt kommen, wenn wir jetzt sechs Monate uns mit einem Budgetprovisorium behelfen, denn selbstverständlich gibt es einen handlungsfähigen und aktiven Gemeinderat, der natürlich auch die entsprechenden Beschlüsse für Projekte fassen kann. Danke für die Wortmeldungen jedenfalls von allen Seiten und danke für die Aufmerksamkeit. Ich ersuche nochmals um Ihre Zustimmung. Danke (Appl.).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Gibt es Einverständnis für eine getrennte Abstimmung oder weitere Wortmeldungen dazu? Also wenn Sie einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, dass wir den Tagesordnungspunkt 1 getrennt abstimmen.

Der Antrag (TO1) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.

Der Antrag (TO1a) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO1b) wurde einstimmig angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich bedanke mich. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2, Berichterstatterin ist Klubobfrau Braunersreuther. Es geht um die Vertretung in Körperschaften, Kommissionen und Beteiligungen in der Landeshauptstadt Graz.

Nachdem die Frau Klubobfrau nicht da ist, kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3, dass wir den vorziehen. Das wäre Gemeinderat Piffl-Percevic, hier geht es um den Gehaltsabschluss 2022, Pensionsanpassung, Antrag auf Novellierung der Dienst- und Gehaltsordnung des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes.

Berichterstatter: GR Dr. Piffl-Percevic

**7.8 Stk. 3) Präs. – 11211/2003
Präs. – 10877/2003**

**Gehaltsabschluss 2022;
Pensionsanpassung 2022;
Antrag auf Novellierung der Dienst- und
Gehaltsordnung und des Grazer
Gemeindevertragsbedienstetengesetzes**

GR Dr. Piffl-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, werte ZuschauerInnen und ZuhörerInnen. Ich darf den Gehaltsabschluss 2022 inklusive Pensionsanpassung berichten. Das Stück wurde im Stadtsenat vorberaten und ich darf nunmehr die Berichterstattung vornehmen. Es ist erfreulicherweise gelungen, die Gehaltsverhandlungen zwischen der Stadt Graz und der Personalvertretung einvernehmlich abzuschließen. Es gibt auch die Zustimmung zu den vorgelegten Entwürfen der Personalvertretung, das scheint mir besonders wichtig zu sein, denn ohne die Mitarbeit aller im Hause Graz und der öffentlich Bediensteten im weiteren Sinne des Wortes könnten wir für die Bürger nicht erfolgreich tätig sein. Im Zuge dieser Gehaltsverhandlungen kommt es dann auch zur Pensionsanpassung. Die wesentlichen Eckpunkte dieses Gehaltsabschlusses sind eine Erhöhung der Monatsentgelte der

städtischen Bediensteten gestaffelt, also für die unter 1.300 Euro bis 3,22 % und darüber 2,91 %, auch die Nebengebühren sind von einer Erhöhung umfasst. Bei den Pensionen ist dieser Bereich zwischen 3 % für die niedrigeren Pensionen und für die über 1.300 jedenfalls um 1,8 %. Auch diverse Nebengebühren und dergleichen, Urlaubszeitleistungen, es hat einige Innovationen gegeben. Das ist in einem Antrag an das Land sozusagen eingebettet und es muss dort die entsprechenden Novellen auch des Gemeindevertragsbedienstetengesetzes und der Dienst- und Gehaltsordnung durch den Landtag geben. Unser Beschluss, den ich hiermit berichten möchte, umfasst auch die Vorlage des darauf beruhenden Novellenantrages. Ich darf nunmehr die Kolleginnen und Kollegen bitten, diesem im Stadtsenat einstimmig vorberatenen Beschluss auch im Gemeinderat die Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Ab 1. Jänner 2022 werden die Gehälter und Monatsentgelte der städtischen Bediensteten um 2,85 % plus € 6,40 erhöht.*
- *Dies gilt auch für Sonderverträge, in denen keine andere Art der Valorisierung vorgesehen ist.*
- *Die Nebengebühren, die in Euro bzw. in einem Prozentsatz bemessenen Verwendungszulagen und die Dienstzulagen mit Ausnahme der Kinderzulage, werden um 3 % erhöht.*
- *Die Pensionen der städt. Beamtinnen und Beamten werden um die im Pensionsanpassungsgesetz 2022 vorgesehenen Werte erhöht.*

- *Die Urlaubersatzleistung nach § 26 Abs. 3 G-GVBG wird auch bei unberechtigtem vorzeitigem Austritt gewährt; die Verweisungsnorm auf Bundesgesetze wird in der DO aktualisiert.*
- *Die in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwürfe der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz und des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes werden genehmigt.*
- *Die Gesetzesentwürfe sind dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur Beschlussfassung im Landtag Steiermark vorzulegen.*
- *Die in den angeschlossenen Gesetzesentwürfen vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich Gehaltsabschluss und Pensionsanpassung 2022 sind mit 1. Jänner 2022 vorschussweise anzuwenden.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther

7.9 Stk. 2) Präs. – 012437/2003/0083 Vertretung der Landeshauptstadt Graz in Körperschaften, Kommissionen und Beteiligungen; Neuordnung aufgrund der Gemeinderatswahl 2021

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther:

So, ich möchte mich erst einmal entschuldigen, dass ich vorher nicht da war. Ich wurde hinausgerufen von der Presse und musste eine ziemlich dringende Sache klären, die eigentlich schon fünf Jahre alt ist, aber sie wird jetzt wieder dringend. Ich präsentiere

den Bericht bzw. die Vertretung der Landeshauptstadt Graz in Körperschaften, Kommissionen und Beteiligungen. Die Liste werde ich, glaube ich, zur Freude aller nicht vorlesen, sie ist allen zugegangen, zumal wir ja auch in der neuen Koalitionsregierung die Erneuerung eingeführt bzw. wiedereingeführt haben, die Tradition, dass VertreterInnen aller Fraktionen, soweit es möglich ist, in den Beteiligungen, das heißt, im Aufsichtsrat der Beteiligungen, sitzen und somit Einblick erhalten. Deswegen haben alle diese Liste nicht nur zur Kenntnis bekommen, sondern auch zur Bearbeitung, und haben erfreulicherweise alle ihre Besetzungen mitgeteilt. Und einen herzlichen Dank von dieser Seite an Frau Dr. Binder, die das alles so großartig zusammengeführt hat mit sehr viel Geduld und Fingerspitzengefühl und sehr vielen Rückfragen. Und die Bemühung der Koalition, dass wir die Paritätsregelung, die wir uns selbst auferlegt haben, für alle Beteiligungen einhalten. Einige werden jetzt anmerken, aber bei der Holding stimmt es noch nicht ganz, das ist richtig. Wir haben davon abgesehen, das jetzt noch zu verändern, da wird es eine Veränderung geben, dass es wieder auf 50 % Frauenanteil kommt, allerdings war es zu spät, das nachzumelden und da ohnehin die Neos noch keine Mitglieder für die Ausschüsse nominieren konnten, da es ihr Parteistatut vorsieht, dass sie solche Positionen ausschreiben, haben wir beschlossen, dass diese ganze Liste in erneuerter Form, mit Besetzung durch die Neos, die derzeit nur interimistisch Philipp Pointner übernimmt, nochmals zum Beschluss bringen werden und da wird auch diese Neuerung dann erfolgen. Ich bitte um Ihre Zustimmung für das Stück.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatteerin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in den betreffenden Körperschaften, Kommissionen und Beteiligungen werden die in der beiliegenden Liste unter Punkt 00001 bis 00046 genannten Personen entsandt bzw. bestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: KO GR Dreisiebner

7.10 Stk. 4) A1 – 1637/2003-39

**Dienstzulagen –
Valorisierungsverordnung 2022**

KO GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, werte KollegInnen hier im Saal. Ich habe die Freude zu berichten, dass gestern der Personalausschuss einstimmig, aber auch der Zentralausschuss nach Gemeindepersonalvertretungsgesetz, der Dienstzulagen und Valorisierungsverordnung 2022 in der vorliegenden Form einstimmig zugestimmt hat, und zwar schließt sich diese Verordnung an die Vereinbarung des Bundes für 2022 an, ab 1. Jänner 2022 sollten daher die Dienstzulagen um 3 % erhöht werden. Dieses gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates, aber auch anderer Unternehmungen im Haus Graz, wo diese Verordnung zur Gültigkeit gebracht werden kann. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Dem im Anhang befindlichen Entwurf der Dienstzulagen – Valorisierungsverordnung 2022 (Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 16.12.2021 betreffend die Erhöhung von Dienstzulagen) wird auf Grundlage des§ 74 Abs. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 54/2021, zugestimmt.*

2. *Die Regelung des im Anhang befindlichen Verordnungsentwurfes gilt auch für alle-städtischen Vertragsbediensteten, auf die die Dienstzulagenverordnung sinngemäß anzuwenden ist.*

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, werte ZuhörerInnen und ZuseherInnen global in den Internet-Medien.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Luttenberger:

... naja, mit Kleinigkeiten gebe ich mich nicht ab. Es muss global und universal sein. Beim Punkt 3 habe ich nichts gesagt, beim Punkt 4 möchte ich das alles im Prinzip einmal von der Gewerkschaftsseite nur verstärken, dass es möglich ist, einerseits die Gehaltsverhandlungen positiv abzuschließen, dass die Valorisierungen klappen. Und ich hoffe natürlich, dass wir diesen Weg irgendwo fortsetzen, denn wir haben uns ja auch ein soziales Ziel vorgenommen, also ökologisch, verkehrsmäßig, sozial, und das passt da genau hinein. Warum ich mich jetzt hier hinausschwinge, ist Folgendes: Ich glaube, dass wir in der nächsten Zeit schon auch immer mal erforschen müssen, wie es unseren Kolleginnen und Kollegen im Haus Graz geht. Wie viele prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es? Wie viele Kolleginnen und Kollegen sind davon betroffen? Wie schaut es aus mit der Burnout-Rate? Wie schaut es aus sozusagen mit aktuellen Fragen, wenn es möglicherweise um Besoldungen und solche Sachen geht? Also all das sollte und müsste in einer Arbeitsgruppe hinterfragt werden. Und das Zweite, warum ich hier draußen bin ist, ich glaube, dass wir gut beraten sind, dass wir mit der Personalvertretung weiter in einem intensiven Kontakt bleiben, denn die wissen, wo der Schuh von vielen Kolleginnen und Kollegen drückt, und ich denke, wir werden

manches ohne großen Aufwand möglicherweise auch zu der Zufriedenheit hier beheben können. Und noch einmal, also ich freue mich und ich würde natürlich auch um Zustimmung plädieren in diesem Punkt 4. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ende Tagesordnung: 14.53 Uhr.